

EDITORIAL

Viele Parallelen sind schon zwischen der gegenwärtigen Großen Koalition und dem in den sechziger Jahren regierenden Bündnis aus CDU/CSU und SPD gezogen worden. Eine übermächtige Mehrheit und eine chancenlose Opposition im Bundestag, frustrierte Bürger, erstarkende politische Ränder – gewiss lassen sich diese Erscheinungen heute wie 1968 in ähnlicher Weise ausmachen. Es gibt aber auch deutliche Unterschiede: So hat das Gefühl, nicht richtig repräsentiert zu werden, die Mitte der Gesellschaft erreicht; es sind nicht mehr nur die junge Generation und Ewiggestrige, die sich unzufrieden von der politischen Ordnung abwenden. Angestellte und Arbeiter, mittelständische Unternehmer und Freiberufler, Eltern und Rentner artikulieren ihr mangelndes Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik, ihrer Institutionen und Akteure – und immer häufiger mischt sich darin die Auffassung, dass es sich nicht um eine aktuelle Schwäche handelt, sondern dass die repräsentative Demokratie als Form der politischen Ordnung schon in der Gegenwart und erst recht für die Zukunft überfordert ist. Diese überwiegend (noch) diffuse Einstellung wird – auch anders als in den sechziger Jahren – von Vertretern dieser Ordnung selbst bestätigt, verstärkt oder gar populistisch benutzt. Im medialen Schulterschluss mit „dem Volk“ führen Ministerpräsidenten das Versagen der Bundesregierung ihrer eigenen Parteien vor, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts spricht immer wieder von der „Krise des Parlamentarismus“, der Bundespräsident wird zum öffentlich gelobten Gegenspieler der sogar im Gesetzgebungshandwerk als unfähig gezeichneten Regierung. Manche Meinungsforscher und Medien, Lobbys und Verbände tun lautstark ein Übriges, jenen klagenden Pessimismus zu verstärken, für den die Deutschen ohnehin bekannt sind.

Zwar kommt die Politikverdrossenheit im sechsten Jahrzehnt der Bundesrepublik weniger spektakulär daher als die der berühmt-berüchtigten „Achtundsechziger“ des vorigen Jahrhunderts. Sie könnte sich jedoch als brisantes Gemisch erweisen, als schleichendes Gift, gefährlicher noch als die Kritik und provokante Diffamierung des Parlamentarismus vor vierzig Jahren. Dies gilt umso mehr, als Unzufriedenheit, Kritik und Besorgnis zwar zum Teil höchst diffuser Natur sind, sich zum Teil aber auf konkrete Problemlagen beziehen, die gerade reformerischer Tatkraft und politischen Mutes bedürften.

Die Zeitschrift für Parlamentsfragen wurde nicht zuletzt als Antwort auf die Parlamentsverdrossenheit der sechziger Jahre ins Leben gerufen. Heute wie damals gilt: Die tatsächlichen wie die vermeintlichen Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie bedürfen nüchterner empirischer Analyse und überzeugender normativer Konzepte. Heute wie damals will die ZParl dafür ein Forum bieten.

So zeigt der Aufsatz von *Wolfgang Kraushaar* in diesem Heft dezidiert kritisch (prä-)faschistische Quellen auf, aus denen sich die „Bibel der APO“, *Johannes Agnolis* „Transformation der Demokratie“, *Kraushaars* umfassender Analyse zufolge speist. Insofern eröffnet dieser Beitrag nicht nur eine Diskussionsplattform für die Auseinandersetzung mit vergangener Parlamentarismuskritik, sondern auch für historiographisch vertiefte Vergleichs- und damit Unterscheidungsmöglichkeiten zur gegenwärtigen Parlamentsverdrossenheit, für die eine entsprechende Untersuchung noch aussteht.

Warnzeichen gibt es allerdings genug: Die Analysen der fünf Landtagswahlen des Jahres 2006 berichten gleichlautend von „historischen Tiefstständen“ bei der Wahlbeteili-

gung. Weder im Osten noch im Westen Deutschlands gaben mehr als 60 Prozent der Bürger ihre Stimme ab; *Everhard Holtmann* (für Sachsen-Anhalt), *Nikolaus Werz* und *Steffen Schoon* (für Mecklenburg-Vorpommern) sowie *Oskar Niedermayer* und *Richard Stöss* (für Berlin) vermelden gar zweistellige Verlustraten. Und auch in Baden-Württemberg kann die langfristige Parteidentifikation mit der CDU und die überwiegend positive Bewertung ihrer Regierungsarbeit nur oberflächlich darüber hinwegtäuschen, dass fast die Hälfte der Wähler den Urnen fernblieben. *Oscar W. Gabriel* und *Kerstin Völkl* rechnen vor, dass für die CDU, die nur knapp die absolute Mehrheit im Landtag verfehlte, gerade noch 23 Prozent der Wähler stimmten, für die SPD 13. Nicht viel besser nimmt sich die Lage in Rheinland-Pfalz aus, wie *Heiko Gothe* analysiert.

Ob unter diesen Umständen offenkundigen bürgerschaftlichen Verdrusses die Hamburger CDU gut beraten war, die auf dem Wege der Volksinitiative durchgesetzte radikale Reform des Wahlrechts mit ihrer absoluten Parlamentsmehrheit rückgängig zu machen, bezweifelt *Frank Decker*. In seinem Beitrag über die Vorgänge in der Hansestadt gibt er grundsätzlich zu bedenken, ob direktdemokratische Verfahren nicht besser unterhalb der „vermeintlich fortschrittlichsten Variante der Volksgesetzgebung“ gestaltet werden sollten, damit kontraproduktive Konkurrenzsituationen zwischen Parlament und Wählerschaft vermieden werden. Dies gilt umso mehr, als ermutigende Daten aus Kommunen vorliegen. Aus *Jens Kösters'* Untersuchung nordrhein-westfälischer Gemeindeverwaltungen geht hervor, dass über 70 Prozent die Praxis von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid als weitgehend gelungen ansehen, und zwar vor allem, weil ihnen „direkte Demokratie mit der Repräsentativstruktur der Kommunalpolitik verträglich“ erscheint.

Die gängige Annahme, Minderheitsregierungen seien tendenziell handlungsunfähig und instabil, relativiert *Sven Thomas* mit seiner Analyse des *Weizsäcker*-Senats von 1981 bis 1983 in West-Berlin. Wie es dieser Minderheitsregierung und ihrer Fraktion im Abgeordnetenhaus stets gelang, parlamentarische Mehrheiten für ihre Vorhaben herzustellen, zeigt der Blick auf die informellen Strukturen und Verfahren von Politik. Die Bedingungen für Regierungsstabilität empirisch präziser zu erfassen, versucht auch *Thomas Saalfeld*. Mit seinen Daten zu 248 Koalitionskabinetten in fünfzehn europäischen Ländern über 55 Jahre hinweg lassen sich die Faktoren identifizieren, die das Risiko vorzeitigen Scheiterns von Koalitionen minimieren oder erhöhen. So erweist sich etwa, dass Regierungsbündnisse eher zerfallen, wenn der Premierminister das Recht zur Parlamentsauflösung besitzt und Kabinettsentscheidungen einstimmig fallen müssen.

Mit einer anderen gängigen Behauptung räumt *Kim Jucknat* auf: Die Wahlkampfberichterstattung in Deutschland ist nicht „amerikanisiert“; der Vorwurf „Köpfe statt Themen“ ist, jedenfalls für Printmedien, nicht haltbar, von Themenarmut kann keine Rede sein. Und das Thema, dem *Dieter Wiefelspütz* sich widmet, welchen Rechtscharakter die Beschlüsse des Bundestages beim Einsatz bewaffneter Streitkräfte haben, mag trocken erscheinen, erweist sich aber gerade zur Zeit als zentral für die Bedeutung des Parlaments in der Außenpolitik: Deutsche Tornados werden erst dann im Süden Afghanistans eingesetzt werden dürfen, wenn der Bundestag zugestimmt hat.

Der Inhalt dieser Ausgabe der ZParl verdeutlicht nach Auffassung der Redaktion, warum es ein solches Periodikum auch künftig geben muss. Mit dem neuen Äußeren der ZParl sei die Frische dokumentiert, deretwillen sie es noch gibt und weiterhin geben soll.

Suzanne S. Schüttemeyer